

Wird die Schweiz in drei Jahren erstmals Mitglied im UNO-Sicherheitsrat? Bundesrätin Micheline Calmy-Rey hat seinerzeit eine Kandidatur des Landes eingeleitet, um für die Jahre 2023/24 einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat zu erlangen. Welche Rolle spielt und welche Aufgaben hat der Sicherheitsrat, was bedeutet eine Mitgliedschaft für die Schweizer Friedenspolitik? Wir gehen in diesem Jahr in einer Serie diesen Fragen nach. Im ersten Teil liefern wir Basics zum wichtigsten Friedens- und Sicherheitsgremium der Welt.

### Die Schweiz auf dem Weg in den Uno-Sicherheitsrat

- ◆ 2002 Die Schweiz tritt der UNO bei.
- ◆ 2011 Bundesratsbeschluss für eine Sicherheitsratskandidatur für 2023/2024 (inklusive Konsultation der aussenpolitischen Kommissionen des National- und Ständerates).
- ◆ 2015 Bericht des Bundesrates bestätigt die Kandidatur.
- ◆ 2018 Diverse kritische und Gegner-Statements und Medienberichte zu Schweiz und der Sicherheitsratskandidatur. Oktober 2018: Diskussion im Bundesrat. Er hält an der Kandidatur fest.
- ◆ November 2018 Motion der SVP:
- ◆ Der Bundesrat wird beauftragt, auf eine Kandidatur der Schweiz für den UNO-Sicherheitsrat abschliessend zu verzichten.» Noch nicht behandelt.
- ◆ 2019 Postulat der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates: «Der Bundesrat wird beauftragt, bis Mitte 2020 in einem Bericht darzulegen, wie er gedenkt, das Parlament während des Einsitzes der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat mit einzubeziehen. Er legt insbesondere dar, in welcher Form und mit welchen Instrumenten dies geschehen könnte.»
- ◆ 2020 75 Jahre UNO (der Friedensmarsch «Jai Jagat» endet im Herbst 2020 in Genf).
- ◆ Mitte 2020 Bericht des Bundesrates über Konsultationen des Parlaments während der Sicherheitsratsmitgliedschaft.
- ◆ Mitte 2020 Lancierung der Schlussphase der Schweizer Kampagne in New York.
- ◆ 2022 Zwanzig Jahre Schweiz in der UNO. Im Juni 2022 wählt die UNO-Generalversammlung die nichtständigen Sicherheitsratsmitglieder für die Periode 2023/24.

# UNO-Sicherheitsratskand

**Die Schweiz kandidiert erstmals für die Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat, für die Periode 2023/24. Die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat, des für Krieg und Frieden potenziell wichtigsten Gremiums der Welt, bietet der Schweiz die Chance, ihre bestehende aktive Politik in der UNO für Frieden und Menschenrechte zu intensivieren. Auch Klima-, Gender- und weitere Konfliktfragen spielen im Sicherheitsrat eine Rolle. Aus friedens- und menschenrechtspolitischer Sicht sollte die Aussenpolitik aber glaubwürdiger und kohärent gestaltet werden, damit die Mitarbeit im Sicherheitsrat innen- und aussenpolitisch zu einem Erfolg werden kann.**

/ Markus Heiniger /

Die Kampagne der Schweiz in der UNO mit dem Ziel, sich für die Wahl durch die Generalversammlung Mitte 2022 genügend Stimmen zu sichern, läuft bereits seit einigen Jahren. In der Schweiz hat sich das Aussendepartement EDA mit Informationsarbeit leider bisher fast vollständig zurückgehalten, weshalb viele sich fragen: Was ist der Sicherheitsrat eigentlich, was tut er, und wieso soll die Schweiz dort mitmachen?

Der Sicherheitsrat trägt gemäss Charta der Vereinten Nationen die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Seine Beschlüsse können rechtsverbindlich sein und müssen von allen Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Der Sicherheitsrat besteht aus fünfzehn Mitgliedern. China, Frankreich, Russland, die USA und Grossbritannien sind permanente Mitglieder (P-5).

Zehn nichtständige Mitglieder (die sogenannten E-10, elected, also gewählte 10) werden von der Generalversammlung mit Zweidrittelmehrheit für jeweils zwei Jahre gewählt. Dabei wird auf eine angemessene geographische Verteilung der Sitze geachtet: Zwei Sitze erhält der WEOG (westeuropäische/westliche Staaten, darunter die Schweiz), einen Osteuropa, drei sind für Länder in Afrika bestimmt, je zwei für Länder in Asien sowie in Lateinamerika und der Karibik.

### Vielfältige Aufgaben

Der Vorsitz des Sicherheitsrates wird jeweils von einem Mitglied für einen Monat wahrgenommen. Der Vorsitz rotiert alphabetisch. Nichtständige Mitglieder präsidieren den Sicherheitsrat während ihres zweijährigen Mandates somit ein bis zwei Mal. Der Präsident (vielleicht auch mal eine Präsidentin) leitet die Sitzungen des Rates und ist verantwortlich für die Traktandenliste und das monatliche Arbeitsprogramm.

Der Sicherheitsrat verfügt über eine ständige Traktandenliste mit Themen und Konfliktregionen. So hört er die Berichte des Generalsekretärs und seiner VertreterInnen, verlängert die Mandate der UNO-Friedensoperationen, hört die Geschäftsberichte der UNO-Tribunale oder debattiert über Themen wie Mediation, Reform des Sicherheitssektors, Kinder in bewaffneten Konflikten oder Frauen, Frieden und Sicherheit.

Auch ein Thema wie «Auswirkungen von klimabedingten Katastrophen auf internationalen Frieden und Sicherheit» wurde schon debattiert. Will der Rat ein neues Thema oder eine Ländersituation in die Agenda aufnehmen, braucht er dafür neun Stimmen. Bei Verfahrensfragen können die ständigen Mitglieder des Rates kein Veto einlegen.

### Sanktionen und Friedensoperationen

Mittels Resolutionen kann der Sicherheitsrat rechtsverbindliche Beschlüsse fällen. So erlässt er beispielsweise Sanktionen, formuliert Forderungen gegenüber Konfliktparteien oder etabliert eine UNO-Friedensoperation. Mittels einer Präsidialerklärung äussert sich der Sicherheitsrat in der Regel über Ländersituationen oder Themen. Er kann ebenfalls Handlungen fordern. Inwieweit diesen Forderungen Rechtskraft zukommt, ist umstritten.

Jedes Mitglied hat eine Stimme. Materielle Beschlüsse erfordern die Zustimmung aller permanenten Mitglieder. Vetos sind allerdings selten, in den vergangenen fünf Jahren im Schnitt drei bis vier Mal pro Jahr. Wichtiger ist hingegen das Wissen um das Veto, das eine ähnliche Wirkung entfaltet wie in der Schweiz eine glaubwürdige Referen-

# Kandidatur – Chance für Friedenspolitik?

dumsdrohung. 2019 hat der Sicherheitsrat 52 Resolutionen, 15 Präsidialerklärungen und 67 Presseerklärungen erlassen.

## 71 friedenserhaltende Operationen

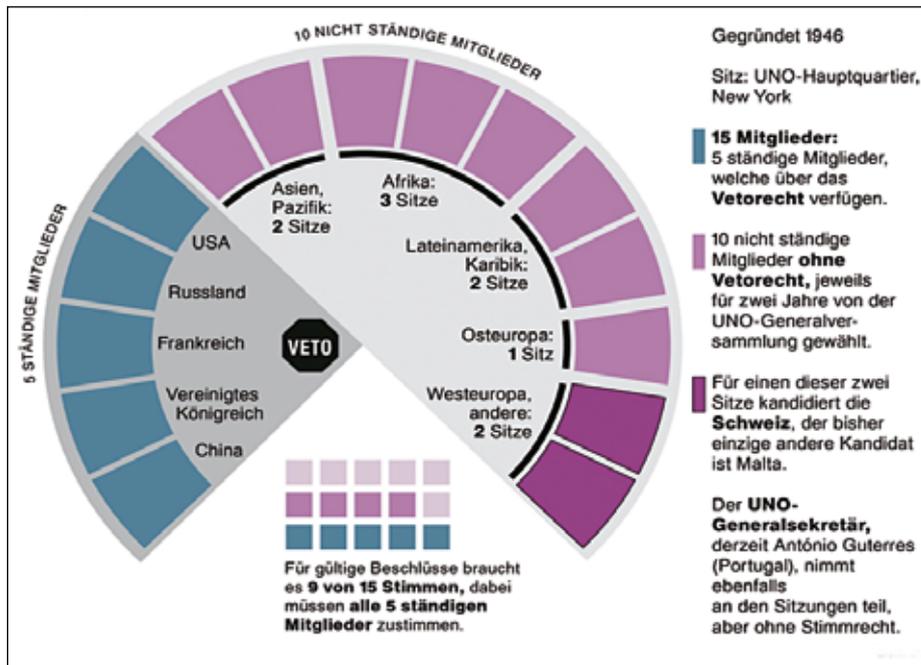
Der Sicherheitsrat kann jede Situation, die zu internationalen Reibungen führt, untersuchen, um festzustellen, ob sie die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gefährden könnte. In der Regel handelt der Rat zunächst unter Kapitel VI der Charta als Moderator oder Berater. Er erlässt Empfehlungen an die Konfliktparteien, ernennt Sondervertreter des Generalsekretärs oder bittet diesen um seine guten Dienste.

Stellt der Sicherheitsrat fest, dass eine Bedrohung, ein Friedensbruch oder eine Angriffshandlung vorliegt und sind die Empfehlungen unter Kapitel VI ungenügend, so kann er unter Kapitel VII der Charta Zwangsmassnahmen erlassen. Er kann nichtmilitärische Sanktionen verabschieden, welche die Sanktionskomitees überwachen, oder ein Mandat für eine Friedensoperation erteilen. Seit 1948 hat der Sicherheitsrat 71 friedenserhaltende Operationen durchgeführt. Vierzehn sind momentan im Gange (vgl. die Übersicht auf den Seiten 16/17).

## Mitarbeit im Sicherheitsrat nicht überschätzen

In extremis kann der UNO-Sicherheitsrat gemäss Art. 42 der UNO-Charta eine militärische Intervention autorisieren. Dies hat er bisher nur in drei Fällen getan (Korea-Krieg 1950–1953, erster Golfkrieg 1990–1991, Libyen 2011). Unter Kapitel VII hat der Sicherheitsrat im Nachgang zu Kriegen auch zweimal internationale Sondertribunale eingerichtet, um Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu untersuchen: eines zu Ruanda, das andere zu Ex-Jugoslawien.

Man darf die Möglichkeiten, die sich durch die Mitarbeit im Sicherheitsrat ergeben, nicht überschätzen. Das Gremium ist oft wegen den Gegensätzen der Grossmächte gelähmt, die UNO ist allgemein stark angeschlagen. Dennoch gibt es nur die eine UNO. «Multilateralism is under fire precisely when we need



## Die ständigen und nicht-ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates in den letzten Jahren

Ständige Mitglieder (P-5): USA, Frankreich, UK, Russland, China. Nichtständige Mitglieder (E-10) werden auf zwei Jahre gewählt. Diejenigen der letzten Jahre:  
**2017:** Bolivien, Ägypten, Äthiopien, Italien, Japan, Kasachstan, Senegal, Schweden, Ukraine, Uruguay  
**2018:** Bolivien, Elfenbeinküste, Äthiopien, Äquatorialguinea, Kasachstan, Kuwait, Holland, Peru, Polen, Schweden  
**2019:** Äquatorialguinea, Elfenbeinküste, Kuwait, Peru, Polen, sowie Belgien,

Deutschland, Dominikanische Republik, Indonesien, Südafrika  
**2020:** Belgien, Deutschland, Dominikanische Republik, Indonesien, Südafrika, sowie Vietnam, Niger, Tunesien, St. Vincent & Grenada, Estland  
**2021:** Es wird im Juni 2020 eine Kampfwahl innerhalb der WEOG-Gruppe geben (was nicht unüblich ist), weil Irland, Kanada und Norwegen für 2021/2022 auf eine Mitgliedschaft aspirieren.

Grafik: Tages-Anzeiger 3.8.2018

it most», sagte UNO-Generalsekretär António Guterres kürzlich. Dass der Sicherheitsrat in schlechter Form ist, bestätigt auch die renommierte International Crisis Group (ICG): Der Trend sei insbesondere, dass sich die Verhältnisse innerhalb der P-5 verschlechtern. Dies gelte zwischen den USA und Frankreich/Grossbritannien, zwischen dem Westen und Russland/China sowie auch zwischen den P-5 und den E-10.

## Auch Kleinstaaten können etwas bewirken im Sicherheitsrat

Die E-10 hätten also vor allem die Aufgabe, aber auch die echte Chance, in ge-

wissen Fällen am Abbau der Spannungen im Sicherheitsrat zu arbeiten. Kann aber ein kleiner Staat in diesem Gremium überhaupt etwas erreichen? Allein sicher nicht, wie auch sonst nicht in der UNO oder allgemein im multilateralen Umfeld. Die Studie «A necessary voice» des International Peace Institute IPI von 2019 zeigt aber doch, dass es Chancen gibt. Als Beispiel sei der humanitäre Zugang zu Syrien erwähnt, als 2014 trotz der Zerstrittenheit der P-5 dank dem geschickten Vorgehen von Kleinstaat-Sicherheitsratsmitgliedern eine Resolution

Fortsetzung Seite 14

verhandelt werden konnte. Sie spielten auch 2016 eine Schlüsselrolle bezüglich der offiziellen Bestätigung des Schutzes der medizinischen Versorgung in bewaffneten Konflikten.

Dass die UNO viele Probleme nicht löst, ist offensichtlich. Allerdings lösen die Nationalstaaten dieselben Probleme ja auch nicht. Für die Schweiz stellt sich darum hier auch die Grundsatzfrage: Gehören wir vollständig zur Welt und damit zur universellen Friedens-, Menschenrechts- und Sicherheitsorganisation, oder wollen wir wieder einmal einen ‚Sonderfall‘ erfinden und uns heraushalten? Nachdem die Schweiz seit 2002 UNO-Mitglied ist und sich aktiv einbringt in diversen UNO-Gremien, ist es folgerichtig, dass sie sich auch im Sicherheitsrat für zwei Jahre als eines der zehn nichtständigen Mitglieder zur Verfügung stellt. Dass die Brückenfunktion und Vermittlungsfähigkeit der Schweiz bei Konflikten bzw. die ‚Neutralität‘ dadurch eingeschränkt würde, ist eine nicht belegte Behauptung konservativer Kreise.

### Es braucht mehr Schweizer Engagement

Der Einsitz im Sicherheitsrat ist vielmehr ein Instrument, um friedenspolitisch



Der Sitzungssaal des UNO-Sicherheitsrates in New York

noch mehr als bisher über die durch die Sicherheitsratsmitgliedschaft zusätzlich möglichen Vernetzungen positiv zu wirken. Die Schweiz hat ihre multilateralen und bilateralen friedensfördernden Kapazitäten seit dem Ende des Kalten Kriegs auf- und ausgebaut (vgl. **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 30 vom September 2019), ebenso eine – bisher – aktive Menschenrechtspolitik sowie – hoffentlich weiterhin? – die Entwicklungszusammenarbeit in fragilen Kontexten an der langfristigen Friedensentwicklung ausgerichtet. Das dient durchaus auch den eigenen Interessen für gemeinsame globale Güter wie Frieden durch kooperative und menschliche Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit.

Auffallend ist allerdings, dass die Schweiz in der internationalen militärischen Friedensförderung vergleichsweise kleine Kapazitäten hat. Um Friedensabkommen und Waffenstillstände bzw. die davon betroffenen Menschen nach bewaffneten Auseinandersetzungen in den Übergangszeiten bis zur Friedenskonsolidierung zu schützen, braucht es aber eher mehr und besseres UNO-Peacekeeping.

### Dringend nötige Informationsarbeit

Das EDA hat bisher zur Sicherheitsratskandidatur fast keine Informationen zuhanden der Bevölkerung erarbeitet (für 2020 sei mehr geplant); so kann man jedoch kaum Interesse, Diskussion, Kenntnisse über diese Vorgänge und allenfalls differenzierte und fundierte innenpolitische Unterstützung erwarten (Zitat Bundesrat Ignazio Cassis: «Aussenpolitik ist Innenpolitik»). Pauschale ablehnende Äusserungen jener Kreise in der Schweiz, die gegen die Kandidatur sind, haben es dadurch leicht, auch in den Medien: Es kommt kaum Widerspruch, weil die Arbeit des UNO-Sicherheitsrats recht unbekannt ist.

Friedens- und menschenrechtliche, aber auch weitere aussenpolitisch interessierte Kreise aus der Zivilgesellschaft können in den nächsten Jahren durch die Aufmerksamkeit, die die Sicherheitsratskandidatur und -mitgliedschaft erzeugen kann, ihre Anliegen zusätzlich aktiv vertreten. Denn nicht nur die Kommunikation, sondern vor allem auch die reale Politik der offiziellen Schweiz, auch in der UNO, muss verbessert werden. Insbesondere mangelt es an Kohärenz.

### Kohärenz schaffen

Kohärenz kann erreicht werden, indem die Schweiz ihre eingegangenen Verpflichtungen in allen Bereichen der UNO – genannt seien etwa Klimaschutz, Waf-

### Calmy-Rey: «Das System der kollektiven Sicherheit hat sich bewährt»

«In der Ukraine und in Syrien war und ist der Rat nicht effizient, das ist korrekt. Aber das ist nicht neu. Schon 2003 während des Irakkriegs konnte sich der Sicherheitsrat nicht einigen. Die USA sind damals ohne Resolution des Sicherheitsrates und einer Koalition unter eigener Führung in den Irak einmarschiert. Wichtig ist: Es gilt die UNO-Charta. Die Aufgabe des Sicherheitsrates ist also noch immer die kollektive Sicherheit. Er entscheidet über Krieg und Frieden. Die Tatsache, dass das System nicht perfekt ist, muss uns Antrieb sein, es zu stärken statt zu schwächen. Gerade jetzt, da das Gleichgewicht der Welt zerbrechlich geworden ist.»

(...)

«Das System der UNO zur Erhaltung der kollektiven Sicherheit hat sich bewährt, auch wenn man Dinge, wie die umstrittene Repräsentation im Sicherheitsrat, kritisieren kann. Die UNO

ist auch aus Sicherheitsüberlegungen heraus wichtig für die Schweiz. Unser Land ist keine Grossmacht. Der Multilateralismus müsste für ein Land wie die Schweiz mehr Gewicht haben als der unilaterale Entscheid einer oder mehrerer Grossmächte, die darauf abzielen, zu bestimmen, was gut oder schlecht ist für die Welt.»

(...)

«Die Schweiz hätte im Sicherheitsrat eine wichtige Rolle zu spielen. Sie hat mit dem OSZE-Präsidium mitten in der Krimkrise gezeigt, dass sie mit schwierigen Mandaten keine Probleme hat. Die Schweiz verfügt über eine hervorragende Diplomatie, sie ist neutral und glaubwürdig. Auch das neutrale Schweden war Mitglied im Sicherheitsrat. Dessen Neutralität wurde respektiert. Schweden hat im Sicherheitsrat eine bemerkenswerte Rolle gespielt und hat einiges bewirkt.» (Tages-Anzeiger, 3.8.2019)

## Die SVP bekämpft die Kandidatur

Die innenpolitische Opposition derjenigen Kreise, die schon gegen den UNO-Beitritt waren und nun gegen die Kandidatur der Schweiz im Sicherheitsrat sind, ist weiterhin aktiv und gut organisiert. Der «Sonderfall Schweiz» wird hervorgehoben und dass ihre Neutralität bei einer Mitgliedschaft verletzt werde. Eine Motion der SVP-Fraktion des Nationalrates vom 29.11.2019 mit dem Titel «Verzicht auf eine Kandidatur für den Uno-Sicherheitsrat» ist noch hängig. Darin steht, ein Mitwirken im Sicherheitsrat «widerspricht dem jahrhundertalten Neutralitätsprinzip der Eidgenossenschaft diametral.» Überdies gelte, dass die Uno «alles andere als unparteiisch ist.» Der Bundesrat lehnt die Motion (wie einige inhaltlich gleichen SVP-Vorstösse der letzten Jahre) ab. Die Chancen stehen gut, dass das Parlament der Regierung folgt.

fenhandel (Ausfuhr in Bürgerkriegsländer!), Umsetzung der «Agenda 2030», internationale Wirtschaftsverantwortung bezüglich Menschenrechte/Umwelt und die Thematik Frauen, Frieden, Sicherheit (Resolution 1325) – vollständig erfüllt und weitere, wie etwa beim Atomwaffenverbot, endlich ernst nimmt. Die Kohärenz ist auch ein wichtiger Punkt in der neuen aussenpolitischen Strategie 2020–2023 des Bundesrates.

Autokratische Führungen und Konzepte haben Aufwind, wie sich auch in einer gewissen Schwächung des UNO-Menschenrechtsrats zeigt. Darum muss auch die Menschenrechtsfrage in der Schweizer Kampagne für die Sicherheitsratsmitgliedschaft ein zentraler Punkt bleiben. Zu diesem Zweck, und um eine Verstärkung der Schweizer Friedensförderung hin zu einer kohärenten, umfassenderen Friedenspolitik zu befördern, ist die Sicherheitsratskandidatur ein geeigneter Rahmen. Dazu gehören wie erwähnt auch Klima-, Gender- und weitere konfliktbezogene aussenpolitische Fragen. Die konkreten Positionen, mit denen die Schweizer Sicherheitsratskandidatur auftritt, sollten deshalb aus zivilgesellschaftlicher Sicht gut beobachtet werden.

**Trumps «Friedensplan» für Nahost**  
Fortsetzung von Seite 3

Präsentation in Washington waren die Botschafter des Oman, Bahreins und der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) anwesend. Der amerikanische Präsident priors die Regierungen der anwesenden Botschafter für ihr Engagement bei der Erarbeitung des neuen Friedensplans. Die VAE sprachen von einem «wichtigen Startpunkt» auf dem Weg zum Frieden zwischen Palästinensern und Israelis, der viele Dinge anspreche, die sich über die Jahre angesammelt hätten.

### Support vom «liebsten Diktator»

Alle drei Staaten lobten den Einsatz des Weissen Hauses, «ein Abkommen zu erreichen, das die legitimen Rechte der Palästinenser garantiert», wie Saudi-Arabien bekanntgab. «Das Königreich schätzt die Bemühungen der Administration von Präsident Trump», liess das saudische Aussenministerium verlauten. «Wir ermutigen Israelis und Palästinenser zu direkten Verhandlungen.» Noch positiver äusserte sich Ägypten, das seit 1979 einen Friedensvertrag mit Israel hat. «Wir fordern die beteiligten Parteien auf, die US-Friedensvision sorgfältig und ernsthaft zu erwägen», hiess es aus dem ägyptischen Aussenministerium. «Der Vorschlag bietet die Möglichkeit, die legitimen Rechte der Palästinenser wieder herzustellen.» Eine Einschätzung, die Trump erfreuen dürfte. Er bezeichnet den ägyptischen Machthaber Abdel Fattah al-Sisi als seinen «liebsten Diktator».

Deutlich kritischer reagierte Jordanien, das ebenfalls mit Israel Frieden geschlossen hat. Aussenminister Aiman Safadi erklärte zwar zunächst, dass seine Regierung «jeden aufrichtigen Versuch unterstützt, einen gerechten und dauerhaften Frieden herzustellen». Gleichzeitig warnte er jedoch vor «gefährlichen Konsequenzen» und der «Annexion palästinensischen Landes». Nur auf «der Basis der Grenzen von 1967 und mit Ostjerusalem als Hauptstadt» könne es einen Weg zum Frieden geben, erklärte Safadi und widersprach damit den Kernpunkten des Vorschlags von Trump.

### Ein Alptraum für die ganze Region

Die rhetorisch schärfste Kritik an Trumps Plan kam von den Regierungen der Türkei und Irans. Das türkische Aussenministerium bezeichnete ihn als «Totgeburt». Präsident Recep Tayyip Erdogan erklärte, es sei nicht hinnehm-

bar, dass Trump ganz Jerusalem zur Hauptstadt Israels machen wolle, denn Jerusalem sei «den Muslimen heilig». Der iranische Aussenminister Dschawad Sarif sagte in Anspielung auf Trumps Vergangenheit als Geschäftsmann, der «Jahrhundertdeal» sei das «Traum-Projekt eines pleitegegangenen Immobilienhändlers, aber ein Alptraum für die Region und die Welt». Die russische Regierung erklärte lediglich, der Plan sei «nicht umsetzbar».

Der EU-Aussenbeauftragte Josep Borrel erklärte, Trumps Plan stimme «nicht mit internationalen Vereinbarungen überein». Die EU befürworte «eine ausgehandelte Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen von 1967 mit gleichwertigem Landtausch». Der Staat Israel und ein unabhängiger, demokratischer Staat Palästina sollten Seite an Seite leben. Borrell sagte zudem, dass die EU aufgrund von Aussagen Israels über eine mögliche Annektion von Teilen des Westjordanlands und des Jordantals besonders besorgt sei. Dies könnte – falls umgesetzt – nicht unangefochten bleiben.

Was die EU allerdings konkret gegen eine Umsetzung der Annexion unternehmen wolle, blieb zunächst offen. Eine ursprünglich vorgesehene Resolution der EU-Aussenminister wurde auf die Zeit nach den israelischen Wahlen verschoben. Verhalten positiv zu Trumps Plan äusserte sich das gerade aus der EU ausgetretene Grossbritannien. Der Plan sei «eindeutig ein ernsthafter Vorschlag», erklärte Aussenminister Dominic Raab. (az)

### Calmy-Rey und Dreifuss appellieren an die EU

Die früheren Bundespräsidentinnen Micheline Calmy-Rey und Ruth Dreifuss appellierten am 26. Februar gemeinsam mit 50 ehemaligen europäischen Spitzenpolitikern an die EU, die Umsetzung von Trumps «Friedensplan» für Nahost zu verhindern. Anstatt den Frieden zu fördern, riskiere der Plan, den Konflikt anzuzünden. Die derzeitige Situation in den besetzten palästinensischen Gebieten, in der zwei Völker nebeneinander ohne gleiche Rechte lebten, würde mit der Annexion der illegalen Siedlungen durch Israel schwerwiegende Folgen für die ganze Region zeitigen.